

Hochfe Verlagen, der in dem Gefühl, ein letztes Notwehrmittel anzuwenden, zur Streikwaffe greift. Sie wird dieses natürliche Solidaritätsgefühl aller Schaffenden nicht abhängig machen von irgendwelchen pittoresken Erläuterungen der Verfassung und der Beamtenverfassung, über die man sich ganz vergeblich herumschreit. Aber sie hat auch die Pflicht, jede Schicht körperlicher oder geistiger Arbeiter, die daran denkt, zur letzten Waffe zu greifen, auf die Tragweite ihres Entschlusses aufmerksam zu machen. Sie befindet sich damit in voller Uebereinstimmung mit allen besonnenen Gewerkschaftern, die stets vor das Bogen das Wagnis gestellt haben. Daß aber das Wagnis eines Beamtenstreiks größer ist als das irgendeiner anderen Arbeitseinstellung, wird kein denkender Beamter verkennen. Ist für den Arbeiter der Streik eine zweischneidige Waffe, so ist er für den Beamten ein Instrument voller Stacheln und Spikes, das man kaum ansetzen kann, ohne die Gefahr, sich selber dabei zu verletzen.

Die Sozialdemokratische Partei wird inzwischen fortfahren in ihren Bemühungen, wenigstens den Kernsten unter den Beamten eine Erleichterung zu schaffen und die dazu notwendige Deckung durch die Besteuerung der leistungsfähigen Schichten herbeizuführen. Die begeisterte Erregung der Beamenschaft und die vorhandene Mäßigkeit, daß eine dauernde Nichtbeachtung berechtigter Forderungen schließlich doch zu einer Katastrophe führen könnte, wird ihr dabei den Rücken stärken. Ueberallte Beschlüsse, möchten sie menschlich auch noch so verständlich sein, würden eine Lage schaffen, deren weitere Auswirkungen niemand voraussehen imstande ist.

Der Reichsrat hat in seiner gestrigen Sitzung die Beschlüsse des Reichstags zum Besoldungsgesetz einstimmig angenommen.

Das Sperrgesetz im Hauptauschuß.

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde am Freitag der Entwurf des Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung, des sogenannten Sperrgesetzes, beraten.

Schulz-Brömmberg (Dnat. Sp.) sprach sich entschieden dagegen aus, daß eine zwingende Uebertragung der Beamtenbesoldung des Reiches grundsätzlich auch für die Gemeinden gelten solle. Degler (Dnat. Sp.) ergänzte seine Ausführungen dahin, daß sich der beschriebene Erfolg auch erreichen ließe, wenn man den Ländern nur die Verpflichtung auferlegte, auf die Gemeinden im Sinne des Sperrgesetzes einzuwirken.

Burlage (Zentr.) erklärte die gesetzliche Regelung nur noch oben hin für notwendig. Bei den Gebührensachen nach unten hin läßt man den Gemeinden und Ländern volle Freiheit lassen.

Der bayerische Reichstagsabgeordnete v. Wolf legte den ablehnenden Standpunkt der bayerischen Regierung dar. Bayern müsse dringend wünschen, daß das geringe Maß staatlicher Selbstständigkeit, das die Verfassung den Ländern gelassen habe, nicht noch weiter geschmälert werde. Die weitgehende Beschränkung der Rechte der einzelstaatlichen Landtage und der Selbstverwaltung der Gemeinden, wie sie der Entwurf anstrebe, sei für Bayern unerträglich. Einheitliche Besoldung hätte zur Voraussetzung, daß auch Vorbildung, Ausbildung, Behördenorganisation, Anstellung und Beförderungsvoraussetzungen einheitlich geregelt werden. An dieser einheitlichen Regelung fehle es aber zurzeit; sie wäre auch nicht möglich, ohne daß man jede bestehende historisch gewordene Eigenart der Länder in der Erfüllung der Kulturaufgaben unterdrücken würde. Der bayerische Verfassungsausschuß habe einstimmig gegen den Entwurf Widerspruch erhoben.

Ministerialrat Ahneemann vom Reichsfinanzministerium führte dagegen aus, daß die durch Art. 10 Ziffer 3 der Reichsverfassung verliehene Befugnis sich ganz allgemein auf das Beamtenrecht und demnach auch auf das Besoldungsrecht erstrecke. Da der Entwurf sich nur auf Aufstellung von Grundsätzen beschränke, halte er sich zweifellos innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen.

Oberregierungsrat Schulze erklärte: Die Regierungen Sachsens, Württembergs, Hessens und Thüringens haben im Reichsrat dem Gesetze zugestimmt, weil sie es für eine unermeldliche Notwendigkeit hielten. Es gäbe nach ihrer Ansicht keinen anderen Weg zu der dringend er-

forderlichen Einheitlichkeit. Die genannten Länder hätten aber eine Erweiterung des Gesetzes dahin, daß es die Gewährung einer Mindestbesoldung an die Länder- und Gemeindebeamten vorschreiben solle, für unerträglich.

Nachdem auch der Vertreter Preußens sich in ähnlichem Sinne wie der Vertreter Sachsens geäußert hatte, erklärte Abg. Feuermann (D. Sp.) seine Anträge zum Sperrgesetz. Es sollen bei der Regelung alle Umstände berücksichtigt werden, die für die Bewertung der Eigenart des betreffenden Beamtenberufs im allgemeinen und der zu beurteilenden Stellen im Besonderen in Betracht kommen.

Dieser Antrag wird angenommen. Schließlich wurde auch ein Antrag Dr. Hölle, Burlage (Zentr.) angenommen, wonach die Gemeinden verpflichtet werden, die Besoldung ihrer hauptsächlich angestellten Beamten und Lehrer so zu regeln, daß sie grundsätzlich mit den Länderbesoldungsvoraussetzungen übereinstimmen. Abgelehnt wird ein deutschnationaler Antrag, der das Sperrgesetz für die Gemeinden nicht gelten lassen will.

Der obdachlose Reichswirtschaftsrat.

Bilanzsicht der Betriebsräte.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat beriet gestern das Gesetz über die Betriebsbilanz, das ein Ausführungsgesetz zum Betriebsrätegesetz darstellt. Zuvor gab es aber eine interessante Auseinandersetzung über die Obdach- und Subsistenzlosigkeit dieser Körperschaft. Der Vorsitzende v. Braun sagte, man besitze noch immer kein Heim, sondern sei nur einquartiert. Preußen zeige nicht das geringste Entgegenkommen. Wohllich liege es mit der Finanzfrage, am 31. März n. J. werde der Reichswirtschaftsrat mittellos. Er strebe einen eigenen Etat an, den ihm mit Rücksicht auf seine „Vorläufigkeit“ der Reichsfinanzminister verweigere. Diese Ausführungen wurden mit ebenso großer Entschiedenheit aufgenommen wie die ergänzenden Mitteilungen Georg Bernhards, der sich über ein Verbot Veinerts, den Durchgang zur Prinz-Albrecht-Straße zu benutzen, beklagte. Eine Protestresolution wurde angeregt.

Der Reichswirtschaftsminister Scholz bemühte sich, Del auf die Wogen zu gehen, er sprach dabei von einer „gewissen Eifersucht des Reichstags“, der allerdings die einzige gesetzgebende Instanz sei, aber neben ihm sei der Reichswirtschaftsrat auch wichtig. Der Vorsitzende wiederholte seinen Protest, und der Reichswirtschaftsminister entgegnete auf seine und Dr. Bernhards Klage, der Finanzminister bezeichne den Rat als nachgeordnete Behörde des Reichswirtschaftsministeriums, mit der Versicherung, er sei bemüht, den Rat selbstständig zu etablieren.

Die Situation des Reichswirtschaftsrates ist allerdings eigenartig genug. Er ist eben nur „vorläufig“ und kann den in der Verfassung vorgesehenen Reichswirtschaftsrat in keiner Weise ersetzen. Die Schwierigkeiten werden erst behoben sein, wenn die Verfassung auch in diesem Teil durchgeführt sein wird. Einstweilen aber darf nicht gebudeit werden, daß sich der Reichswirtschaftsrat als Reichsvertretung etabliert. Die Absicht dazu geht ebenso aus der Behandlung der Kohlensozialversicherung hervor, wie aus der gestrigen Klage eines der Mitglieder, der Entwürfe über das Reichsnotopfer sei dem Rat nicht vorgelegt worden. Ginge dieses Gesetz auch noch durch diesen Rat, so könnte das arme Reich noch hundert Jahre warten, bis es von den Reichen Geld bekäme!

Nach dem geschilderten Vorspiel beriet man das Betriebsbilanzgesetz.

Dr. Frank befürwortete eine vom Sozialpolitischen Ausschuh des Rates vorgeschlagene Änderung und beklagte sich darüber, daß mittlerweile der Reichsrat die Regierungsvorlage unverändert angenommen habe. Die Veränderung besteht darin, daß bestimmt wird: Gehören zu einem Unternehmen mehrere Betriebe, so muß bei Vorlegung der Betriebsbilanz, soweit die Eigenart des Unternehmens es zulaßt, die Geschäftsbilanz der einzelnen Betriebe erläutert werden.

Aufhäuser (WfA-Arbeitnehmer) erklärt für die Widerheit: Der

Betriebsrat müsse die Zusammenhänge der Geschäftsbilanz kennen lernen. Dazu genüge die Handelsbilanz nicht. Die Regierungsvorlage gehe nicht weit genug. Auch die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches reichten nicht aus, da sie die Verschleierung von Liebergewinnen, z. B. 100 Millionen bei Daimler, nicht verhindern könnten. Ueber die Bedeutung der Referenzen müsse Klarheit geschaffen werden, und Besonderearbeiten zur Bilanzverschleierung seien nicht zu dulden. Das Gesetz, wie es die Mehrheit wolle, sei schlechter als gar keins.

Reichsjustizminister Dr. Feine betonte die Notwendigkeit, das Gesetz bis Jahresende zu erledigen. Es sei nicht die Absicht der Gesetzgebung, Bilanzen zu schaffen, die für die Betriebsräte nicht brauchbar seien. Allerdings, könnte die Einsicht der Untertanen zur Bilanz nicht geordnet werden. Die Arbeitnehmer erhielten durch dieses Gesetz weitgehende Rechte.

In der weiteren Debatte sagte Professor Hertner: Die Gewinne dürfen nicht ganz von den Lohnforderungen ausgeklammert werden, weil dann nichts für die Steuer übrig bleibe und die Arbeitslosigkeit der Unternehmer leide. Er lehnt die Minderheitsanträge ab. WfA (Arbeitnehmer) verlangte Änderung des Betriebsrätegesetzes dahin, daß die Bilanz in allen Betrieben vorgelegt werden müsse. Die Betriebsräte seien zur Bilanzkunde zu erziehen. Klare Einsicht werde die radikale Arbeiterbewegung oft zur Erleichterung bringen. Professor Schmollenbach erklärte alle Bilanzen seien falsch, und rief beiden Teilen, sich vorläufig mit dem Regierungsentwurf zu begnügen. Bedmann unterstützte die Ausführungen Aufhäusers. Gumar (Hausbesitzer) teilte mit, daß die Betriebsrätezentrale von den Betriebsräten Klagen über die Betriebsverhältnisse einfordere, das bedeute Preisgabe der Betriebsgeheimnisse.

Nächste Sitzung heute: Landwirtschaft und Ernährung. Antrag Wissell über produktive Gemeindeferienfeste.

Der reaktionäre Verleumdungsumpf.

Der Reizant z. S. Karl Laberenz hatte in den Rapp Tagen vor versammelter Mannschaft, um diese aufzuheben, behauptet, daß Frau Ebert und Frau Roske das Silberzeug der ehemals kaiserlichen Jagd „Hohenzollern“ gestohlen hätten. Gerichtlich zur Verantwortung gezogen, konnte er natürlich keinen Beweis für diese Verleumdung erbringen. Er hatte sich dieser Tage vor der Sitzstammer in Aachen zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte gegen den gewissenlosen Chodsdneider vier Monate Gefängnis. In nicht leicht verständlicher Weise erkannte das Gericht nur auf 300 Mark Geldstrafe. Davorrecht ist bereits aus der Marine entlassen worden.

Die reaktionäre „Halleische Zeitung“ berichtete vor kurzem über eine Rede des Abgeordneten v. Nordhoff in Halle und legte diesem die Äußerung in den Mund, daß der jetzige sächsische Oberpräsident Höffing als Staatskommissar aus Oberschlesien „mit Millionen fortgegangen sei“. Von Oberpräsident Höffing brieflich zur Rede gestellt, bestritt Herr v. Nordhoff ganz energisch, diese Äußerung getan zu haben, er habe vielmehr gesagt, daß im Oberschlesien Millionen für Propagandazwecke nutzlos verschwendet worden und unkontrolliert durch Höffings Hände gegangen seien. In einem erneuten Schreiben an Herrn v. Nordhoff stellte Höffing fest, daß auch dieses völlig unwar ist, daß vielmehr über alle ausgegebenen Gelder bis zum letzten Pfennig Aufrechnungen und Belege vorhanden sind und von den vorgelegten Dienststellen auch nicht ein Pfennig der gemachten Ausgaben beanstandet worden ist. Hierauf hat Herr v. Nordhoff nicht mehr geantwortet und damit zugestanden, daß seine Behauptungen aus der Luft gegriffen waren. Das ganze ist aber interessant für den Werdegang reaktionärer Verleumdungen.

Weitere Vertagung des Prinz-Prozesses. Der erkrankte gezeichnete, aber noch der Schonung bedürftige Zeiger im Prinz-Prozess war am Freitag erschienen, damit eine kurze formelle Verhandlung im Stande kommen konnte. Geheimrat Priestorn richtete an Prinz mehrere Fragen. Prinz erklärte, von Rechtsanwalt Ribbel zweimal 500 M. und 1500 M. als „Darlehen“ erhalten zu haben. Von Rechtsanwalt Ribbel wurde mitgeteilt, daß von seinen der Zeugen Wittenstein und Vater an Prinz herangerufen seien, er solle gegen Zahlung von 50 000 M. nach Holland flüchten. Rechtsanwalt Ribbel bestritt die Richtigkeit dieser Behauptung und beantwortet, die betreffenden Zeugen zu vernehmen. Hierauf wurde die Verhandlung wieder geschlossen und auf Montag 9 Uhr vertagt.

Student Wozzel-Jande

vor dem Schwurgericht.

Während die Freiburger städtische Bühne den armen Wozzel, Büchners vollstrebendste Ballade, nach einmaliger Abendaufführung bald wieder in die Versenkung verschwinden ließ, verzeigte sich für den neuen Schwurgerichtssaal ein anderer Fall Wozzel vor, diesmal nicht aus dem Soldaten-, sondern dem Studentenleben. Auch hier der arme, den letzten Groschen aufspende Liebhaber, der an Antreas nicht glauben will; wiederum der reich mit Geld gesegnete Nebenbuhler; abermals der uneingeschränkte Hegel des Demittels; am Schluss fünf Revolverkugeln gegen die Teufel, von der ein Bergweiser scheidet, um sich dem Gericht anzuklaffen.

Der 24jährige Student Jande aus Altona, angeklagt wegen Totschlags, weil er die 17jährige Studentin Freze erschossen hat, war so wenig wie das Mädchen von der Natur verschonenderisch ausgefallen, hatte dazu im Krieg dauernde körperliche Schäden erlitten, die den Gebrauch der Hände beeinträchtigt. Seine Geldmittel waren spärlich. Da wurde ihm der Liebe Evangelium, diese Mädchenbekanntschaft das einzige Glück für kurze Zeit. Während er in einer anderen Stadt arbeitete, gewann in Freiburg ein begüterter verheirateter Kaufmann misshandelnden Einfluss auf die Studentin. — Kaffeekausbekanntschaft! Die Studentin wird Privatsekretärin des siebenundzwanzigjährigen, erhält bald monatlich 200 bis 400 Mark zu ihrem hohen Monatswechsel. Der Student erfährt von der neuen Bekanntschaft, wird mit Nebenarbeiten abgelenkt. Er kann und will nicht von ihr lassen. Sie leistet den Eid auf ihre Treue, wird krank, nimmt im Hospital die zündendsten Beweise unerbittlicher Liebe des Studenten entgegen. Er macht Schulden, sie durch seine Gaben zu erfreuen. Sie verlangt von ihm auch noch das Ehrenwort, er werde nie an ihrer Treue zweifeln. Derweil schüttelt sie „ha ab, um Freiheit zu gewinnen für den Verkehr mit dem anderen. Auch am Sonntag vor ihrem Tod beruft sie sich auf Ruhebedürftigkeit, um ein Zusammenreffen mit Jande zu verhindern. Am Tag nachher trifft Jande seine Braut. Sie läuft ihm davon und flieht mit dem Kaufmann in einem Restaurant, wobei sie von Jande überfallen wird.

Der an der Welt verzweifelte, betrogene junge Mensch beschließt, sich zu erschließen, sucht seine Wohnung zu diesem Zweck auf und findet dort einen Brief seines Vaters mit einem 5 Pfennig markigen für ein Glas Bier. Die Freundlichkeit aus diesem Haus stimmt den Sohn um, er geht in den Wald, berührt sich einigermaßen, will seiner Braut noch einmal seine Lage vorstellen. Sie betreten einen Hofsaal der Universität, die letzten Vorgänge werden besprochen. Da erklärt das Mädchen, sie wolle nicht Sklavin sein. Nun spricht der Revolver das letzte Wort.

Jande, freiwilliger im Krieg, bei Verdun lebensgefährlich verwundet, als Kriegsbüchler aus dem Dienst entlassen, ist nach dem Zeugnis eines Hochschullehrers gutmütig, nervös, etwas exaltiert, Ideologe. Er liest, das perfektionierte Analis, auf der Anklagebank, — während sich im Zuscherraum die Menge drängt, die aus dem Tribunal entgüdt die Szene macht. Der Kaufmann gesteht ein, von seiner Frau einen „Freibrief“ für den Verkehr mit

anderen Frauen erhalten zu haben, muß vom Oberstaatsanwalt scharfe Worte hören. Der medizinische Sachverständige meint, Jande habe die Tat im hohen Affekt begangen, der aber die feste Willensbestimmung nicht ausgeschlossen habe. Der Oberstaatsanwalt findet menschliche Töne für Jande; das Gesetz ermögliche nicht, einen Menschen zu bestrafen, der dem andern die Braut abspenstig mache, sie für eigene Zweck, nichtbrauche — sonst wäre ein weiterer Angeklagter da. In den die Tat begleitenden Umständen findet der Vertreter der Anklagebehörde den Beweis des Bewußtseins und des Vorzuges. — In dem, was der Tat monatelang voraing, aber ein Martyrium, das mildernde Umstände bedeute. Der Verteidiger befürchtet eine zerschmetterte Zukunft für Jande bei Verurteilung wegen Totschlags, begründet den Antrag auf Freisprechung, da Jande bei geträubtem Bewußtsein gedandelt habe.

Die Geschworenen beraten dreizehn Stunden. Im Zuscherraum wird gepocht: „langweilig ist's!“, sagt einer zu einer, „wir gebe ein Bierchen trinke!“ Und ob der Kaufmann nicht mehr im Saal weile, hört man fragen. — Nein! — Enttäuschung. Unten im Gerichtssaal schlägt eine schwere Tür dröhnend zu, wie zwischen Tod und Leben. Der Obmann der Geschworenen erhebt die Stimme; klar und feierlich klingt der Wahrspruch: Vorsätzlicher Totschlag? Nein! — Vorsätzliche Körperverletzung mit Todesfolge? Ja! — Mildernde Umstände? Ja! — Das Gericht urteilt: Der Angeklagte wird wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todesfolge, begangen unter mildernden Umständen, zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt, wobei die seit 28. Juni verhängte Untersuchungshaft in Anrechnung kommt. Der Verurteilte wird auf freien Fuß gesetzt. Noch einmal erpreit der Obmann der Geschworenen das Wort: sie reichen ein Gefäß ein Jande die Strafe zu erlassen. Der ist nicht mehr imstande, die Frage zu beantworten, oder es doch Urteil annehme. Er hat m. De Richter gefunden. Rag nun die Welt nicht die eiserne Tür zuschlagen vor seiner Zukunft!

M. J.

Geld und Kunst. Zum 20. Todestage Wilhelm Veibis werden in den Münchner Neuesten Nachrichten zwei bisher unbekannt Parisser Briefe des Meisters veröffentlicht. In dem einen (aus dem Februar 1870 stammenden) heißt es: „Ich sehe ein für allemal, Geld und Kunst sind zwei konträre Dinge. Sieh Dir nur die heutigen sogenannten Kunstpreise an, die Millionen kosten und für ein Bild 20 000 Taler bekommen, ob das wirkliche Künstler sind? Ich muß offen gestehen, daß, so notwendig auch gegenwärtig mir vielleicht 20 000 Taler wären, es mir doch weit lieber ist, wenn halt dessen ein Bild, woran ich Mühe und Kraft verwendet habe, mir gelangt; denn dies gibt mir wirklich mehr innere Freude wie jene harten Taler, die nur bezahlt werden für Schmeichelei, die das Publikum allein zu verstehen imstande ist, während das wirklich Gute und Schöne sich nur des Verständnisses einiger weniger freuen darf, die gewöhnlich nicht befähigt sind, den Künstler zu begreifen. Darum weg mit allem Krampf, wie großen Kramet, Vermögen und wie all dieser Blunder heißt, und studiert die Natur, denn daraus ergibt sich nur allein die wahre Befriedigung und Freude, und wo man plinkt, daß einem dies am besten gelingen muß, dort soll man auch unbefürchtet hin.“

Technische Theorien haben manche jungen Künstler aufgestellt

(besonders wenn sie nichts verkaufen konnten). Leibl war aber von anderem Schlag. Er lebte es schon damals (25jährig) ab, Porträts für Geld zu machen und der Presse oder dem Publikum irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Als er später nach Deutschland zurückkam, versar er sich in ein oberbayerisches Nest und lebte von seiner Kunst. Von dem Kofotkencharakter, der manchen Künstlern nachgesagt wird, hat Leibl aber auch keine Spur gehabt: er war ein ganzer Herz und ein großer Künstler dazu.

Die Reform der Kunstschulen. Im Hauptauschuß der Preussischen Landesversammlung, in der dieser Tage die Denkschrift des Prof. Wozel, des Referenten für die Kunstpädagogik, vorgelegt wurde, haben die Redner der Parteien allgemein ihre Zustimmung zu den Vorschlägen Warholts ausgesprochen. Ebenso hat der Bildungsausschuß der Berliner Akademie der Künste seine Zustimmung zu Wozel's Gedanken erklärt. Die von Wozel vorgeschlagene Kunstschulreform sieht eine Neuordnung des Unterrichts auf handwerklicher Grundlage und eine Vereinigung der bisher getrennten Lehrgänge für „hohe“ und angewandte Kunst vor.

Der sächsische Komponist Karl Koborovic ist in Prag, 58 Jahre alt, gestorben. Er gehörte zu der Russifergeneration, die das künstlerische Erbe Smetanas und Dvoraks, der beiden größten Tonsetzer des tschechischen Volkes, zu verwalten hatte. Seine Werke zeigen einen stark nationalen Einschlag. Sowohl die Opern wie auch die symphonischen Dichtungen und die Lieder zeichnen eine fülle melodischer Einfälle und elementares rhythmisches Gefühl aus. Seiner Bedeutung als der Komponist hatte jedoch der Dirigent Koborovic. Er war 20 Jahre Leiter der Oper des tschechischen Nationaltheaters in Prag. Koborovic schuf einen Spielplan, der etwas Vorbildliches hatte und besonders die deutsche Opernwelt berückichtigte. Ein ausgezeichneter Dirigent, aus dem er einst selbst hervorgegangen war, stand ihm zur Verfügung.

Eine Luther-Feier fand am Freitag in Wittenberg zur Erinnerung an die am 10. Dezember 1520 erfolgte Verbrennung der päpstlichen Bulle statt.

„Die wieder Krieg“. Unter diesem Motto ist eine neue Arbeiter-Kunstausstellung, Peterburger Straße 20, eröffnet. Die Werke der deutschen und ausländischen Künstler weisen auf die Schrecken und Folgen des Krieges hin. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 7 Uhr geöffnet.

Der verdorene Chafelreuer. Eine Genter Schauspielerschaft spielte in Louvaine Shakespeares „Raj für Raj“ in der Uebersetzung von Guy de Maupassant. Am nächsten Tage erhielt der Direktor eine Mitteilung des Louvanner Polizeibehörden, daß von dem Publikum zahlreiche Beschwerden über die „pornographische Tendenz“ des Stückes eingelaufen seien. Er könne weitere Ausführungen dieses „unabhängigen Stückes“, das einen solchen Einfluß auf den guten Ruf der Stadt haben müsse, nicht gestatten. Der Direktor mußte „Raj für Raj“ vom Spielplan ableben.

Deutsche Opern in Amerika. Die Bühne des Theaterunternehmers Hammerstein behält, daß von Mitte November 1921 an eine auf 20 Wochen berechnete deutsche Opernserie in den Vereinigten Staaten veranstaltet werden soll. Für diese Saison sind die Aufführungen von „Häsel und Ortel“ am Weltmarktstage sowie Eplippen und Operetten geplant. Zweimal wöchentlich sollen im Sommer, März und April deutsche Schauspiele aufgeführt werden. Die „New York World“ unterstützt das Unternehmen.

Groß-Berlin

Der moderne Astrologe.

Ein mythischer Gang scheint gegenwärtig wieder hervorzutreten; es hängt dies mit den Folgen des Krieges zusammen, der durch die starken Eingriffe in das menschliche Gemütsleben die Vorbedingung schafft. Es kann aber nicht ausbleiben, daß auch gesellschaftliche Spekulation diesen mythischen Gang auszunutzen versucht, und so findet man gegenwärtig in vielen Zeitungen und Zeitschriften Ankündigungen, namentlich von Wählern über Kartenlegung, Astrologie usw.

Als ich kürzlich auf dem Postamt zu tun hatte, fand ich auf dem Schreibeplatz ein kleines Heftchen mit der Aufschrift: „Dem besten Freund.“ Schon diese Aufschrift ist verdächtig, denn wer mein bester Freund ist, kann ich doch nur allein empfinden und wissen; es kann sich aber nicht ein anderer selbst so bezeichnen. Nun, dieser „beste Freund“ war denn auch ein etwas ungewöhnlicher. Bei näherer Betrachtung erkannte ich, daß es ein uralter Freund sei, der schon einmal vor Jahrhunderten und Jahrtausenden der Menschheit zur Seite gestanden. Allerdings, ob als ein guter oder gar der beste Freund, soll nicht weiter untersucht werden. Sein Einfluß aber war groß, denn er lenkte tatsächlich die Geschicke der Menschen und war bestimmend für das Verhalten von Königen und Römern bis in die neueste Zeit hinein. Aber endlich wurde er entlarvt als ein ungetreuer Freund, der schließlich nur noch in alten Werken ein beschauliches Dasein führte.

Jetzt also soll dieser Freund zu neuem Leben aus dem Dornröschenschlaf erweckt werden, in dem er doch wohl besser schlummern würde. Dieser Freund will den Menschen das Schicksal voraussagen, und es ist verständlich, daß er mit diesem Versprechen heute wieder Anhänger gewinnt. Durch das Horoskop will man nach der Stellung der Sterne zur Stunde der Geburt eines Menschen angeben, was ihm im Laufe seines Lebens geschehen wird, es will dem Menschen die Schicksalsfrage lösen. Außerdem will dieser „beste Freund“ jedem seinen Charakter, seine Vorzüge und Schwächen beschreiben, und sagen ob er Erfolg im Leben haben wird, ob man Erbschaften zu erwarten hat, ob man auf Reisen, in der Spekulation, in der Liebe, in Projekten vom Glück begünstigt oder von Feuers- und Wassergefahr bedroht ist.

Ein bißchen viel auf einmal. Ist es ein Wunder, wenn bei so vielen Versprechungen der moderne Astrologe auch guten Zulauf hat? Allerdings scheint es es wohl besonders auf die klingende Münze — Papiergeld verfährt er allerdings auch nicht — abgesehen zu haben und wer das Bureau verläßt, der hat seine Geldtasche um 20 M. erleichtert.

Verkehrsfragen.

Veratungen der neuen Verkehrsdeputation.

Die neue Verkehrsdeputation trat gestern nachmittags unter dem Vorsitz des Stadtbaurats Dr. Ing. Adler zum erstenmal zusammen. Nach einleitenden Worten, in denen der Vorsitzende die vollständig erschienenen Mitglieder aufforderte, zu ganzer Arbeit geschlossen zusammenzutreten, wurde die Verschmelzung der verschiedenen Straßenbahnunternehmungen Berlins besprochen, ebenso die Verteilung der Geschäfte bei der Berliner Straßenbahn infolge Veräußerung der Direktion, sowie schließlich die Frage der Einleitung von Verhandlungen mit der A.E.G.-Schnellbahn-Gesellschaft. Hierauf fand eine eingehende Aussprache über die Abgrenzung der Befugnisse der Verkehrsdeputation sowie der aus ihr zu bildenden Verwaltungsräte für die Straßenbahnen, für die Halten und für das Fuhrwesen statt. Schließlich wurde nach eingehender Aussprache festgelegt, für die einzelnen Verwaltungsräte sechs Stadiberordnete zu delegieren. Zum Schluß wurde die Frage der Ausgabe von Freifahrtskarten sowie von ermäßigten Fahrkarten für das Jahr 1921 besprochen.

Weihnachtsbäume im Anzug.

Die ersten Weihnachtsbäume kommen jetzt mit dem ersten langsam einziehenden Schneefall. Es braucht nicht ausdrücklich erwähnt

zu werden, daß sie teuer sind. Wüßten sich nur geringe Mengen aus Holsheim und Hannover eingetroffen, wohl hauptsächlich wegen der bestehenden Transportschwierigkeiten auf der Ostbahn. Eine gewöhnliche Durchschnittsanne wird sich voraussichtlich im Kleinverkaufspreis auf 18 bis 20 M. stellen. Man wird sich eben bei beiden Mühen und kann sich dann schon für 10 bis 12 M. ein kleines Bäumchen leisten, kleinere auch zu geringerem Preise. Wer eine große Edelstanne zu erwerben wünscht, wird sicher tief in denbeutel greifen und 100 M. zum mindesten dafür anlegen müssen.

Freispruch im Vatermordprozeß.

Der Prozeß gegen den 24jährigen Kaufmann Hans Wendelstadt, der unter dem Verdacht stand, seinen Vater, den Kaufmann Wendelstadt in der Nacht zum 14. Mai 1919 ermordet zu haben, endete gestern mit einer Freisprechung des Angeklagten. Das Präsidium des Staatsanwalts nannte den Angeklagten des furchtbaren Verbrechens überführt und trat für Bejahung der Schuldfragen ein.

Als Motiv zur Tat wies der Staatsanwalt darauf hin, daß der Angeklagte tatsächlich mit Fel. Merzen verlobt war, daß der Vater seine Zustimmung zu einer Heirat verweigert und die Bitte des Sohnes, ihm zur Abfindung der M. eine Summe von 20000 M. zu geben, rundweg abgeschlagen hatte. Justizrat Dr. Berthauer trat den Ausführungen des Staatsanwalts in allen Punkten seines Schuldbeweises entgegen und führte vor, daß gegen den Angeklagten keinerlei Schuldbeweis geführt sei und die Geschworenen unmöglich ein Schuldausprechen können, wenn sie nicht einen Freispruch sich auf ihr Gewissen laden wollten. Nach Herpesklärung jedes einzelnen der zusammengesetzten Indizien kam der Verteidiger zu dem schlagenden Verumund, dessen sich der Angeklagte bei seinen Vorgesetzten, seinen Kameraden und seinen Verwandten und Bekannten erfreut; sie alle haben ihn einer solchen Tat nicht für fähig erklärt. Er schloß mit dem Appell an die Geschworenen, einen Unschuldigen nicht zum Körper zu humpeln, weil sie glauben, der Angeklagte sei über juristische Finessen gestolpert.

Die Geschworenen verneinten nach halbständiger Beratung die Schuldfrage, so daß die Freisprechung des Angeklagten unter Auflegung der Kosten auf die Staatskasse erfolgte. Der Spruch löste im Zuschauerraum Kundgebungen des Beifalls aus, die der Vorsitzende, als der Würde im Gerichtssaal nicht entsprechend, rügte. — Der Haftbefehl gegen den Angeklagten wurde aufgehoben.

Ein anderer Spruch der Geschworenen würde noch unverständlich gewesen sein als diese Anklage selbst, die sich auf den allerdürftigsten Indizienbeweis gründete und in dieser Beziehung beinahe ein Unikum in der Kriminalgeschichte darstellt.

Die Vorbereitung der Kirchenwahlen.

Die am 23. Januar stattfindenden, ist jetzt soweit gebühen, daß diejenigen, die sich zu den Wählerlisten rechtzeitig angemeldet haben, dieselben in den nächsten Tagen einsehen können. Hierüber wird und berichtet: Die Wählerlisten liegen in den Kirchen resp. Pfarrämtern öffentlich aus. Ferner müssen bis Ende Dezember Vorschlagslisten für die zu Wählenden bei den Pfarrämtern eingereicht werden, begleitet von der Erklärung der aufgestellten Bewerber, daß sie eventuell bereit sind, die auf sie fallende Wahl anzunehmen. Bei der Größe der meisten Berliner Gemeinden wird je eine Vorschlagsliste für den Gemeindevorstand mit 18 und je eine für die Gemeindevertretung mit 80 Wählern einzureichen sein. Jeder Wahlvorschlag ist von mindestens 20 wahlberechtigten Gemeindegliedern, die auch gleichzeitig Bewerber sein können, zu unterzeichnen. Die beiden Erstunterzeichneten gelten dem Pfarramt gegenüber als Vertrauensmänner, mit denen eventuell weitere Verhandlungen zu führen sind. Die organisierten evangelischen Arbeiter werden in den wenigsten Berliner Gemeinden in der Lage sein, aus der Zahl der in die kirchliche Wählerliste Eingetragenen 78 Gemeindeglieder ihres Standes herauszufinden, die bereit sind, ein kirchliches Gemeindeamt anzunehmen, obwohl es sich bei dieser Wahl hauptsächlich um die Funktion handelt, die Delegierten für die kommende verfassungsvergebende Generalynode auszuwählen. Es empfiehlt sich daher, daß die sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen, da sie eine eigene Vorschlagsliste nicht aufstellen können, sich bereit erklären, Bewerber für die von den kirchlichen Parteien aufgestellten Vorschlagslisten zu nominieren. Man wende sich also an die Führer der sogenannten Positiven und Liberalen in den einzelnen Gemeinden und verhandle mit ihnen, wieviel Arbeiterkandidaten sie in ihre Vorschlagsliste aufnehmen gewillt sind. Denn die Einsicht, daß die Kirche, will sie wirklich Volkkirche werden, sich mehr als früher auf die breiten Schichten der arbeitenden

Massen stützen muß, bricht allmählich durch. Die Positiven haben sich — mit verschwindenden Ausnahmen — des Vorwurfs noch nicht entledigt, daß die Kirche eine „konservative“ Macht sei und sich deshalb mit radikalen oder gar umwälzenden Tendenzen nicht vertragen. Vor allem werden die Orthodox-Positiven die Zustimmung zu einem kirchlichen „Belenntnis“ zur Bedingung des engeren Anschlusses an die Kirche machen. Und in diesem sehr menschlich zuulande gekommenen Belenntnis der Positiven dürfte die an unabhängiges Denken gewöhnten Arbeitermassen schwerlich das Christentum wiedererkennen, wie sie es in der Bibel gefunden haben, und wie sie es sich zur Befriedigung ihres religiösen Gemütsbedürfnisses von der Kirche wünschen müssen. Ein Verdienst der Liberalen ist es, daß sie die Kirche von der Herrschaft des Dogmas zum Teil befreit haben. Deswegen haben die bei der Anmeldung zur Wählerliste die Versicherung abgegeben, ihr Wahlrecht „im Sinn und Geiste der evangelischen Kirche“ ausüben zu wollen, sehr ernst daran getan, wenn sie dabei an eine freie, vom Christusgeist belebte Kirche dachten, nicht an eine Kirche des Zwanges und des Dogmas.

Keine Taschengeldarbeiterin?

In Nr. 502 teilten wir mit, daß bei der Staatskassenverwaltung noch Töchter von nicht schlecht bezahlten oberen Beamten ihre Stellung behalten haben, während dort andere weibliche Angestellte, denen wegen Kotlaue des Mannes oder der Eltern ein Verdienst zu gönnen wäre, entlassen worden sind. Wir äußerten die Vermutung, daß die meisten dieser Töchter von Oberbeamten wohl hauptsächlich fürs Taschengeld arbeiten.

Eine Erwiderung hierzu schickt uns ein pensionierter mittlerer Beamter der Staatskassenverwaltung, der Vater einer dort noch beschäftigten weiblichen Angestellten, ein Geheimer Rechnungsrat a. D., der seinen Namen nicht veröffentlichen möchte. Zwar ist er kein oberer Beamter, so daß er sich nicht getrouen zu fühlen brauchte, aber wir wollen ihm nicht das Vergnügen vorenthalten, das Wesentliche seiner Erwiderung im „Vorwärts“ wiedergegeben zu sehen. Er erzählt, daß sein Pensionseinkommen jährlich 14000 M. beträgt und meint, das sei weniger als das heutige Einkommen der meisten gelehrten Arbeiter. Die Kosten seines Haushalts, der aus drei Personen — ihm, seiner Tochter und einer Haushälterin — besteht, könne er von diesem Einkommen allein nicht bestreiten. Daher müsse seine Tochter zu dem Haushalt, den er „immerhin noch kümmerlich“ nennt, mit ihrem Arbeitsverdienst beitragen.

Wir können dem alten Herrn seine Pension. Aber es gibt sehr viele Leute, die sogar mit angestrengter Arbeit noch keine 14000 M. verdienen. Würde seine Tochter die Stellung aufgeben, so könnte sie ihm die Haushälterin erledigen, und die 14000 M. brauchten dann nur für zwei Personen zu reichen. Mit weniger als 14000 M. muß mancher Arbeitende sich und seine Frau und ein halbes Duzend Kinder ernähren. Sollen wir erlauben, wie es in vielen Arbeiter in ihrem „Ruhestand“ geht? Mit keinem dieser Bedauernswerten wird der Herr Geheime Rechnungsrat a. D. tauschen wollen.

Ein neuer Filmbrand. Bei der Wehlerfilm-Gesellschaft in Tempelhof, Oberlandstr. 27/28, entlind gestern ein Brand im Registratorium durch Selbstentzündung beim Umrollen des Films. Die Flammen loderten gleich Haus und Hof empor, doch gelang es durch tatkräftiges Eingreifen der Wehlerfeuerwehr, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Als die Feuerwehr anrückte, war das Feuer bereits gelöscht, so daß nur die Anfrümmungsarbeiten vorzunehmen waren. Der bedeutende Materialschaden ist durch Versicherung gedeckt. Personen wurden nicht verletzt.

Proletarisches Theater. Auf vielseitigen Wunsch aus Kreisen der Arbeiterschaft findet am Sonntag, den 12., nachm. 3 Uhr, im Bühnenpark, Bernauer Straße, eine Aufführung des Schauspiel „Die Feinde“ von Maxim Gorki statt. Es soll den Betriebsräten und Funktionären dort Gelegenheit gegeben werden, sich über die Aufgaben des proletarischen Theaters zu orientieren. Karten 3 M., für Erwerbslose 1 M. Mitgliedsarten haben keine Giltigkeit. Rosenföhrung 2 Uhr.

Charlottenburg-Phonon. Die Juristische Sprechstunde am 11. und 18. Dezember fällt aus.

Zur Aufstellung der Zigarette findet Montag, den 13., nachm. 5 Uhr, eine Versammlung sämtlicher Arbeitnehmer (Beamte, Klerge, Schmeißern, Angestellte und Lohnempfänger) der Zigarette Groß-Berlins im Berliner Gewerkschaftsbund, Lichterberger Str. 16, statt.

Eine Pianomusik am Volksgarten wird Sonntag 1/2 12 Uhr zugunsten der Kinderhilfe stattfinden. Ein Väterchor und Rimmerchor werden abwechselnd Vorträge bieten. Bei der Gelegenheit wird durch Schwestern der Sozialen Frauenschulen Berlins und durch Studenten für die Deutsche Kinderhilfe gesammelt werden.

Zentralverband der Angestellten. Sonntag: Jugendgruppe. Mitgliederzusammenkunft 6 Uhr, Jugendblatte, Rosenthaler Straße 30. — Hoch-

Die drei gerechten Kammacher.

Von Gottfried Keller.

Die Leute von Seldwyl haben bewiesen, daß eine ganze Stadt von Ungerechten oder Leidsünnigen zur Hof fortbestehen kann im Wechsel der Zeiten und des Verkehrs; die drei Kammacher aber, daß nicht drei Gerechte lang unter einem Dache leben können, ohne sich in die Haare zu geraten. Es ist hier aber nicht die himmlische Gerechtigkeit gemeint oder die natürliche Gerechtigkeit des menschlichen Gewissens, sondern jene blutlose Gerechtigkeit, welche aus dem Vaterunter die Bitte gestrichen hat: Und vergib uns unsere Schulden, wie auch wir vergeben unsern Schuldner! weil sie keine Schulden macht und auch keine ausstehen hat; welche niemandem zuseid lebt, aber auch niemandem zu Gefallen, wohl arbeiten und erwerben, aber nichts ausgeben will und an der Arbeitstreue nur einen Nutzen, aber keine Freude findet. Solche Gerechte werfen keine Laternen ein, aber sie zünden auch keine an und kein Licht geht von ihnen aus; sie treiben allerlei Pantierung, und eine ist ihnen so gut wie die andere, wenn sie nur mit feiner Fährlichkeit verbunden ist; am liebsten siedeln sie sich dort an, wo recht viele Ungerechte in ihrem Sinne sind; denn sie untereinander, wenn keine solche zwischen ihnen wären, würden sich bald abreiben, wie Mühlsteine, zwischen denen kein Korn liegt. Wenn diese ein Unglück betrifft, so sind sie höchst verwundert und jammern, als ob sie am Spieße ständen, da sie doch niemandem was zuleid getan haben; denn sie betrachten die Welt als eine große wohlgeschickte Polizeistadt, wo keiner eine Konventionsschube zu fürchten braucht, wenn er vor seiner Türe fleißig feht, seine Blumentöpfe unverwahrt vor das Fenster stellt und kein Wasser aus demselben gießt.

Zu Seldwyl bestand ein Kammachergeschäft, dessen Inhaber gewohnterweise alle fünf bis sechs Jahre wechselte, obgleich es ein gutes Geschäft war, wenn es fleißig betrieben wurde; denn die Krämer, welche die umliegenden Jahrmärkte besuchten, holten da ihre Kammmwaren. Außer den notwendigen Cornstriegeln allerart wurden auch die wunderbarsten Schmuckstücke für die Vorfröhen und Dienstmägde verfertigt aus schönem, durchsichtigem Oshorn, in welches die Kunst der Weisen (denn die Meister arbeiteten nie) ein kö-

tiges braunrotes Schildpattgewölbe beizte, je nach ihrer Phantasie, so daß, wenn man die Kämme gegen das Licht hielt, man die herrlichsten Sonnenauf- und Niedergänge zu sehen glaubte, rote Schäfchenhimmel, Gewitterstürme und andere gesprenkelte Naturerscheinungen. Im Sommer, wenn die Gefellen gerne wanderten und rar waren, wurden sie mit Köstlichkeit behandelt und bekamen guten Lohn und gutes Essen; im Winter aber, wenn sie ein Unterkommen suchten und häufig zu haben waren, mußten sie sich duden, Kämme machen, was das Jeng halten wollte, für geringen Lohn; die Meisterin stellte einen Tag wie den andern eine Schüssel Sauerkraut auf den Tisch und der Meister sagte: „Das sind Fische!“ Wenn dann ein Gefelle zu sagen wagte: „Bitt' um Vergibung, es ist Sauerkraut!“ so bekam er auf der Stelle den Abschied und mußte wandern in den Winter hinaus. Sobald aber die Wiesen grün wurden und die Wege gangbar, sagten sie: „Es ist doch Sauerkraut!“ und schnürten ihr Bündel. Denn wenn dann auch die Meisterin auf der Stelle einen Schinken auf das Kraut warf, und der Meister sagte: „Meiner Seel'! ich glaubte, es wären Fische!“ Nun, dieses ist doch gewiß ein Schinken!“ so suchten sie sich doch hinaus, da alle drei Gefellen in einem weidwännigen Bett schlafen mußten und sich den Winter durch herzlich satt bekamen wegen der Nippenstöße und erfrorenen Seiten.

Einstmals aber kam ein ordentlicher und sanfter Gefelle angereist aus irgend einem der jächlichen Lende, der sagte sich in alles, arbeitete wie ein Tierlein und war nicht zu vertreiben, so daß er zuletzt ein bleibender Hausrat wurde in dem Geschäft und mehrmals den Meister wechselte, da es die Jahre her gerade etwas stürmischer berging als sonst. Hobst streckte sich in dem Bette so freit er konnte und behauptete keinen Plan zunächst der Wand Winter und Sommer; er nahm das Sauerkraut willig für Fische und im Frühjahr mit bescheidenem Dank ein Stückchen von dem Schinken. Den kleineren Lohn legte er so gut zur Seite, wie den größeren; denn er gab nichts aus, sondern wartete sich alles auf. Er lebte nicht wie andere Handwerkergefallen, trank nie einen Schnapfen, verkehrte mit keinem Landmann noch mit anderen ungen Gefellen, sondern stellte sich des Abends unter die Hausfüße und schlürfte mit den alten Weibern, hob ihnen die Wassereimer auf den Kopf, wenn er besonders freigeiger Laune war, und ging mit den Sühnern zu Bett, wenn nicht reichliche Arbeit da war, daß er für besondere Rechnung die

Nacht durcharbeiten konnte. Am Sonntag arbeitete er ebenfalls bis in den Nachmittag hinein, und wenn es das herrlichste Wetter war; man denke aber nicht, daß er dies mit Frohsinn und Vergnügen tat, wie Johann der muntere Seifenfieber; vielmehr war er bei dieser freiwilligen Mühe niedergeschlagen und beklagte sich fortwährend über die Mühseligkeit des Lebens. War dann der Sonntagnachmittag gekommen, so ging er in seinem Arbeitschmuck und in den klappernden Pantoffeln über die Gasse und holte sich bei der Wäscherin das frische Hemd und das geglättete Vorhemdchen, den Vatermörder oder das bessere Schnupstuch, und trug diese Herrlichkeiten auf der flachen Hand mit elegantem Geistesschritt vor sich her nach Hause. Denn im Arbeitschmuck und in den Schlappschuhen beobachteten manche Gefellen immer einen eigenümlich gezierten Gang, als ob sie in höheren Sphären schwebten, besonders die gebildeten Buchbinder, die lustigen Schuhmacher und die seltenen sonderbaren Kammacher. In seiner Kammer bedachte sich Hobst aber noch wohl, ob er das Hemd oder das Vorhemd auch wirklich anziehen wolle, denn er war bei aller Sanftmut und Gerechtigkeit ein kleiner Schweinegel, oder ob es die alte Wäsche noch für eine Woche tun müsse und er bei Hause bleiben und noch ein bißchen arbeiten wolle. In diesem Falle setzte er sich mit einem Seufzer über die Schwierigkeit und Mühsal der Welt von neuem dahinter und schnitt verdrossen seine Föhne in die Kämme oder er wandelte das Korn in Schilddrüschen um, wobei er aber so nüchtern und phantasielos verfuhr, daß er immer die gleichen drei trostlosen Kleckse darauf schmietete; denn wenn es nicht unzweifelhaft vorgefährdet war, so wandte er nicht die kleinste Mühe an eine Sache. Entschloß er sich aber zu einem Spaziergang, so wußte er sich eine oder zwei Stunden lang peinlich heraus, nahm sein Spazierstöckchen und wanderte steif ein wenig vors Tor, wo er demütig und langweilig herumstand und langweilige Gespräche führte mit andern Verumständlern, die auch nichts Besseres zu tun wußten, etwa alte arme Seldwyl, welche nicht mehr ins Wirtshaus gehen konnten. Mit solchen stellte er sich dann gern vor ein im Bau begriffenes Haus, vor ein Saatfeld, vor einen weiterbefähigten Apfelbaum oder vor eine neue Zwirnradrik und tüftelte auf das angelegentlichste über diese Dinge, deren Zweckmäßigkeit und den Kostenpunkt, über die Jahreshoffnungen und den Stand der Feldfrüchte, von was allem er nicht den Teufel verstand. (Vorst. folgt.)

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Amoretten: Hänsel u. Gretel
6 1/2 Uhr.

Schauspielhaus.
Richard III.
7 Uhr.

Deutsches Theater.
Sonntag 7: Don Carlos.
Sonntag 7 U.: Der Arzt am Scheideweg.

Kammerspiele.
7 1/2: Deutsche Kleinrädler.
Sonntag 11 1/2: Irail Gadscew
1. Tanzmatinee.
7 1/2 Uhr: Der Weibsteufel.
7 Uhr: Er ist ein altem
schuld. Der Spieler. Der
Heiratsantrag.

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
Sbd. 7: Dämon (aus Abon.)
Stg. 7 1/2: Julius Caesar (aus Abon.)
7: Julius Cäsar (aus Abon.)

**Theater i. d.
Königsgräberstraße**
1 1/2 Uhr: Rausch
(Maria Orska, Abel, Riemann,
Richard, Veidtkirch, Dernburg,
Römer.)
Sonntag: Rausch.
Sonntag nachm.: Erdgeist.
Montag: Erdgeist.

Komödienhaus
1 1/2 Uhr: Die
Sache mit Lola
mit Max Pallenberg.
(Josefine Dora u. G., Ortrud
Wagner, Picha, Haskel, Steds
Kiper.)
Stg. nachm.: Der Dillberpelz.

Berliner Theater
Allabendlich 7 Uhr:

**Die spanische
Nachtigall**
mit
Fritzi Massary
Erik Wipl, H. Wasmann,
Ralph Artur Roberts,
Emmy Sturm, Olga Engl.
Stg. nachm.: D. letzte Walzer.

Residenz - Theater.
Heute nachm. 4 U. 1/2. Preise:
Aschenbrödel.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Lady
Wundermeres
Fischer
Sonntag 4 Uhr, halbe Preise:
Die Raschhoffs.

Tranon-Theater.
Heute nachm. 4 U. 1/2. Preise:
Hänsel und Gretel.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Kammermusik.
Lustspiel von H. Ligenstein.
Sonntag 4 Uhr, halbe Preise:
Die Freundin.

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Hänsel und Gretel.
7 1/2: Geschlossene Vorstellung

Casino-Theater
Lotharinger Str. 37. - Tgl. 7 1/2.
Der neue Schläger:
Der Fehltritt einer Fran.
Volksstück in 4 Bildern.
Vorher: Theaterliebe.
Operett-Sketch m. V. Litze.
Sonntag 7 1/2: Cousin Emil.

7 1/2
Uhr: Folies Caprice
Sanatorium Steinaeh
Der gehörnte Siegfried
mit Ferd. Grünecker.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Das Käthechen v. Hellthronn

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barowsky.
7 1/2 Uhr: Flamme.
(Dorsch, Harimann, Götz,
Pröckl.)
Sonntag 7 1/2: Amphitryo.
Montag 7 1/2: Flamme.

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Scheldungsreise
mit Max Adalbert und
Trude Hesterberg.
Sonntag 3: zum 1. Male:
**Pitalifitz der
Himmelschneider.**

Central-Theater
7 1/2 U.: Pirlitz (Märchenst.)
7 1/2 U.: Frau Bärbel (Operette)
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: La Traviata.
Friedr.-Wilhelms-Platz.
7 1/2 U.: Noheit die Tänzerin.
Kleines Theater.
7 1/2 U.: Die Pfarrhauskomödie.
Kl. Schauspielhaus.
7 1/2 U.: Ehelei.
Komische Oper
7 1/2 U.: Liebe im Schnee.
Lustspielhaus
7 1/2 U.: Arnold Rieck in
Die schwedische Jungfrau
Metropol-Theater.
7 1/2 U.: Hollandweibchen
Neues Operettenhaus
7 1/2 U.: Die Csikósharones
Neues Volkstheater
7 1/2 U.: Perikles von Tyrus.
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 U.: Bettinas Verlobung
Thalia-Theater
Gestpiel Hansi Niese
7 1/2 U.: Botschafterin Leni.
Th. am Nollendorfsplatz
7 1/2 U.: Aschenbrödel.
7 Uhr: Wenn Liebe erwacht
Theater des Westens
Sbd. 7 1/2: Schneew. u. Rosenrot
7 1/2 U.: Der ersten Liebe gold. Zeit
Th. L. Kommandantensir.
früher Herrfeld-Theater.
7 1/2 U.: Der verdingte Adolar.
Walther-Theater
7 1/2 U.: Der Geiger von Laganò.
Walhalla-Theater
7 1/2 U.: Rastelbinder.

Schall und Rauch
im Großen Schauspielhaus
Dir. Hans v. Wolzogen.
Trude Hesterberg u. G.
Gregor Ratoff
Walter Mehring
Lia Manza
Paul Graetz
Lala Herdmenger
Desidor Zador u. a.
Konz. 7 1/2 U., Beginn 8 1/2 U.

METROPOL
KARTEN-KABARET
Scheunstraße 54.
Anfang präzis 7 1/2 Uhr.
Riesen-Weihnachts-Spielplan.

Winter-Garten
Täglich 7 15 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Königstadt-Theater
Bahnhof Jannowitzbrücke
Tgl. 7.30 Gala-Sänger.
im Ballsaal T A N Z.

Die
beliebtesten
Tanzabende
Leitung: Albert u.
Otto Erbe
Treff
Tanzparadies Zeit 2
in den Zellen (Tiergarten)
Ball-
orchester
Mitgl. der Kapelle
Fritz Fuchs

Löpa Löpa
Fingertanz 18.

De-ka
Konditorei Neukölln, Boddinstr. 65
am Rathaus
Intime Musik 1-1 Neu renoviert
Eigene Konditorei.

Gonné's Wein-Restaurant
„Criterion“
Linkstraße 2, Ecke Potsdamer Str.
Mittagsgedeck
Reichhaltige Speisen- und Weinkarte
mäßige Preise.
Abteile für kleinere Gesellschaften.
Abends: Tafelkonzert.
Fernarr. Lötow 5088.

Zinn! Lötzin! Weißmetall!
Blei! für Spezial ebr.
Kupfer! Messing! Nickel!
Aluminium! Zink!
Salpeters. Silber! Quecksilber!
Zahngelbes, Zahn 100-
Platinabfälle!
Goldbruch bis 40,-
Silberbruch bis 1,20
nach Kurs.
Stannolpapier! Flaschenkapseln! Glühstrumpfische
bis 100,- kauft Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31.
Sendungen von außerhalb werden prompt erledigt!

Circus Busch
Hans Stosch-Sarrasin.
Tgl. 7 15 Stg. Mtt. u. 3 U
Nachm. Kinder halbe Pr.
Letzte Tag:
Maxeppa - 25 Löwen
ov. 1. Fietz, Circusbusch

Theat. a. Kottbus-Tor
Täglich 7 1/2 Uhr und
Sonntag nachm. 3 U.:
Elite-Singer.
Das große
Weihnachts-
Programm!
Vorv. 11-1 1/2, 4 Uhr.

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 und
Sonntag 11.30
**Stettiner
Sänger.**
11.30 halbe Preise!
Varieté-
Dänhoff-Brett. Tgl. 6 1/2, So. 8

Morikplatz
Cranienstraße 53-54
**Hartley
& Etta's**
Loros Zinnsoldaten
und das große
Varieté-Programm.
- 87 Schönheitskünstler.

Whitman's Egg-bait *Spinnweb-Sammel* *Sammler* *mit*

Oetker's

Milch-Eiweiß-Pulver

mit Triebzusatz
Nährhaft u. gebrauchsfertig wie

2-3 Eiweiß

für Pfannkuchen,
Möbe-Kuchen,
Sorten.

Man verlange Rezeptbuch 6
von Oetker's
Nachnahme Oetker's & Co. GmbH
Bielefeld.

Möbel - Kredit

Friedeberg
Bülowstraße 24, am Hochbahnhof

Reiche Auswahl • Wesentlich ermäßigte Preise
Spezialität: Weiße Schlafzimmer

Glühlampen
und
Installations-Material
zu besten Preisen
Ing.-Bureau Jul.
Schlichting
Besten W. 9, Dinst. 10.
Tel.: Bülow 3705 u. 5515

Wintereier
ergibt
max
durch
unser
Knochenmehl, Krut-
ten; zerlegbare Stille alle
Wrt; Futter. Geflügelhof
Mergentheim 470, Kreis Lbr.

Metal
ankaufsstelle
Osten.
Grüner Weg 88
zahlt Tagespreis für
Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.

Die höchsten Preise
für sämtliche
Altmetalle
zahlt
Wiener,
Potsdamer Straße 30 I,
am Bahnhof Gesundbrunnen.
Die höchsten Preise
für sämtliche
Altmetalle
zahlt
Wiener,
Mirschstraße Nr. 4, Hof,
am Zentralviehhol.

Pelz-
ALBUCA
Zahlungserleichterung
Leipziger Str. 58

Dringend gesucht:
Kupfer
Blei, Zink
Zinn
Weißblei
zu hohen Preisen
Dresdenerstr. 13/14

Stellenangebote
5 tüchtige gelernte
Former
zum sofortigen Antritt nach
Oberschlesien gesucht.
Offerten zu senden unter
L. 15 an die Hauptexpedition
dieses Blattes. 12490

Burthentouffition!
Tüchtige Zugschneider
Ludwig 5914
Kaufmann & Goldschmidt,
Magazinstr. 6/7.
Knabenthentouffition!
Mehrere tüchtige
Zugschneiderinnen
Ludwig 5915
Kaufmann & Goldschmidt,
Magazinstr. 6/7.

Die höchsten Preise
für sämtliche
Altmetalle
zahlt
Wiener,
Pankow, Wollankstr. 31,
am Nordbahnhof.

Weihnachtsverkauf!
Stoffe
für Lister, Paletots,
Anzüge, Hosen usw.
besonders billig
von 16,45 an bis zu den
besten Qualitäten.
Tuchhaus
Richard Zastrow
Berlin,
Kolkmarkt 14/15.

Betriebsrätesekretär gesucht!
Die betriebsräteähnliche Betriebsrätezentrale Darmen-
sternfeld sucht zum möglichst sofortigen Eintritt einen tüchtigen
Betriebsrätesekretär, der aus' beste vertraut sein muß mit
allen einschlägigen organisatorischen und buchlichen Program-
zuzuführende gewerkschaftliche Tätigkeit und reibende Be-
fähigung vorbedingung. Gehalt nach Uebereinkunft. Bewerbun-
gen mit einzureichen bis (inklusive 31. Dezember 1920 an
Wilhelm Wichelhaus, Gewerkschaftssekretär, Darmen,
Seber Straße 37. 1567

Die höchsten Preise
für sämtliche
Altmetalle
zahlt
Tütel,
Schivelbeiner Straße 3,
a. Bahnhof Schönhauser Allee

Möbel
zu bedeutend
herabgesetzten Preisen
Bar oder Teilzahlung
bei kleinster An-u. Abzahl.
Schlafzimmer, Wohnzim.
Herrenzimmer, Speisezimmer.
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. auswärt.
Lagerung kostenlos.

Zur Unterstützung der Geschäftsleitung
Kaufmann aus der Textilbranche
gesucht
sehr versiert und befähigt, eine große Korrespondenz
selbstständig zu diktiert und die damit zusammen-
hängenden Arbeiten zu kontrollieren. Es wird großer
Wert auf tadelloser Stil und Gewandtheit im Verkehr
mit Arbeitern und Arbeiterführern gelegt. Angebote
u. „Tixit“ u. d. Annoncen-Exped. Althaus, Berlin W. 3

Altmetalle
kauft
zu Tagespreisen
Wiener,
Pascalstraße 3 und
Helmholtzstr. 11, 1.
heid. u. d. Gotzk. wskybrücke.
Besond. f. Händleru. Fabriken.

Möbel - Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstr. 47-48.
1 Min. v. BfH. Gesundbr.

Tücht. Werkzeugmacher
für Schnitte und Stangen, fern
einen perfekten Werkzeugdreher
für Stangen, Iouie 1300B
drei Maschinenbauer
für Automaten, Halb-Automaten und sonstige Werkzeu-
maschinen heißt jetzt ein
Ehrich & Graetz, Treptow,
Gifenstraße 90/98.

Achtung!!! • Sonderangebot!!!

Soeben eingetroffen:

Großer Posten Herren- und Damenstiefel, prima Boxcalf und Chevr.

Jedes Paar ohne Ausnahme **145.- Mk.**
Nur solange Vorrat!

Beilen Sie sich, wenn Sie Geld sparen wollen!

Schuhhaus S. Lewkowitz nur Gr. Frankfurter Str. 131
neben Rose-Theater.

Beachten Sie meine Schaufenster!

LANDE

CIGARETTEN SIND DIE BEKANNT GUTEN

Die beste Weihnachtsgabe:
Coloniasport
Sachsenblume
Eno

Der Kampf um die preussische Grundsteuer.

Die Landesversammlung hat gestern das eigenartige Schauspiel, daß die beiden bürgerlichen Koalitionsparteien die für heute in Aussicht genommene Beratung der Grundsteuer zu verhindern suchten. Sie begründeten ihren Antrag damit, daß der Aeltestenrat seinen Beschluß, die Beratung des Gesetzentwurfs am Sonnabend auf die Tagesordnung zu setzen, unter der Voraussetzung gefaßt hätte, daß die Regierung auf die Beratung des Gesetzes Wert lege. Präsident Veinert erklärte, daß die Staatsregierung diese Frage bereits besaßt habe, wogegen der demokratische Abgeordnete Dr. Muer behauptete, daß das Staatsministerium sich noch gar nicht schlüssig gemacht habe.

Wie wir hierzu erfahren, hat die preussische Staatsregierung in ihrer gestern abgehaltenen Sitzung sich zwar noch einmal mit dieser Frage beschäftigt, es aber abgelehnt, in ihrer bisherigen Haltung irgend eine Aenderung einzutreten zu lassen. Das wird die bürgerlichen Parteien nicht abhalten, auch weiterhin alles aufzubieten, um den Grundbesitz möglichst dem steuerlichen Zugriff zu entziehen, und da es in solchen Fällen niemals an Vorwänden fehlt, werden sie vermutlich schon in der heutigen Sitzung einen neuen Vorstoß unternehmen.

Die Einziehung des Reichsnotopfers.

Der Steuerauschuß des Reichstags beschloß am Freitag auf Antrag des Centrum, nunmehr in die Spezialberatung über den Entwurf der beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers einzutreten. Angesichts des Widerstands des Reichsfinanzministeriums gegen eine etwaige Verlängerung des Termins für die Anmeldung der Kriegsanleihe zur Bezahlung des Reichsnotopfers beschloß der Ausschuß, vorbehaltlich der endgültigen Fassung des § 48, im Grunde nur einer kurzen Verlängerung der Anmeldefrist über den 31. Dezember 1920 hinaus zuzustimmen zu wollen.

Bei der Beratung des § 1 macht Abg. Helfferich als besonderen Mangel geltend, daß eine Verabreichung der Einzahlungspflicht unter einem Drittel auch dann nicht vorgeesehen sei, wenn die Betriebsführung des Betreibers gefährdet sei. Abg. Dernburg (Dem.) möchte auch verhindert werden, daß durch zu hohe Belastungssätze eine weitere scharfe Erhöhung des Reichsnotopfers bewirkt werde, doch ging der Antrag Helfferich darin zu weit.

Reichsminister Dr. Wirth gibt sodann eine formulierte Erklärung zum bestehenden Gesetz über das Reichsnotopfer ab und erklärt sich bereit, die Frist zur

Annahme von selbstgezeichneten Kriegsanleihe zum Nennwerte nach § 48 des Reichsnotopfergesetzes bis zum 31. Januar 1921 zu verlängern. Die Erklärung wird von verschiedenen Rednern begrüßt, da sie in weiten Kreisen Verunsicherung weckt.

Abg. Simon-Schadowen (Soz.) will bei aller Schonung gefährdeter Betriebe doch das Gesetz so gefaßt haben, daß möglichst hohe Summen zur Sanierung der Reichsanleihen hereinkommen.

Abg. Dr. Richter (D. Sp.) begründet seinen Antrag, wonach bei einem Betriebsübertrag mehr als ein Drittel der Gesamtabgabe nicht erhoben werden soll. Eine weitere Verabreichung soll nur dann möglich sein, wenn der Steuerpflichtige glaubhaft macht, daß er bei voller abholbarer Steuerleistung eine Betriebsaufrechterhaltung vornehmen müsse. Reichsminister Wirth glaubt, daß die vorgezeichneten Schwierigkeiten weit überbittelt werden. In vielen Fällen werde das Notopfer aus den Betriebsaufrechternahmen, in anderen durch Kriegsanleihen oder vorhandenem Bargeld gedeckt werden können.

Abg. Blunt (Dem.) wünscht eine möglichst schnelle Veranlagung zum Notopfer, dann wird es von vielen auch alsbald gezahlt.

Einigen hervorgetretenen Vertagungsansinnen hält Staatssekretär Wirth es für dringend nötig, doch mindestens den Teil des Gesetzes bald zu verabschieden, der sich mit dem Veranlagungsverfahren beschäftigt.

Beitragberatung Dienstag, 14. Dezember.

Bergarbeiterstreik in ganz Sachsen.

Die Chemnitzer „Vollstimme“ berichtet: Gestern wurde von den Bergarbeitern beschlossen, daß am heutigen Freitag die Bergarbeiter in ganz Sachsen die Arbeit einstellen. Der Bergarbeiterverband hat die Führung des Streiks übernommen. Die notwendigen Sicherheitsarbeiten werden verrichtet.

Danzigs feierlicher Protest.

Danzig, 10. Dezember. (WZ.) In der heutigen Sitzung des Volkstages gab der stellvertretende Senatpräsident Dr. Bism eine Erklärung des Senats ab, die zunächst feststellt, daß Danzig gegen den Willen seiner Bevölkerung vom Deutschen Reiches losgerissen sei und nun verfassungsmäßig seine eigenen Aufgaben zu erfüllen habe. Weiterhin wird darin dem bisherigen englischen Oberkommissar Sir Reginald Tower und seinem Stellvertreter Oberleutnant Strutt der Dank für ihre Umsicht ausgesprochen. Offen und freimütig wolle man vor aller Welt bekunden, daß es die vornehmste und heiligste Pflicht sei, den anerkannt deutschen Charakter der freien Stadt Danzig dauernd aufrechtzuerhalten.

Kommunistischer Proteststreik in Prag.

Prag, 10. Dezember. (WZ.) Die Volkstagskorrespondenz meldet: Heute früh stellte die kommunistische vereinigte Arbeiterchaft die Arbeit in den Prager Fabriken ein, um gegen die behördliche Klärung der im Kolliedon befindlichen Druckerei an die rechtmäßigen Eigentümer, die tschechoslowakische sozialdemokratische Partei, zu protestieren und zog in Truppen in die innere Stadt. Hierbei kam es an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen der Demonstranten mit der Polizei.

Prag, 10. Dezember. (WZ.) Einige hundert Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Arbeiterschaft unter Führung des Abgeordneten Remed begaben sich in das Volkshaus, wo sich die Druckerei und Redaktion des ehemaligen „Rude Pravo“ befindet, um sie in das Eigentum der Partei zu übernehmen. In der Rebellion waren Dr. Smeral, Stajal und Blana amtierend. Sie wurden aufgefordert, die Redaktionsdrucke zu verlassen, was auch geschah.

Lloyd George über den Frieden mit Irland.

London, 10. Dezember. (Meuter.) Unterhaus Lloyd George teilte mit, daß die Regierung bereit sei, den Sinnensmitgliedern des Parlaments sicheres Geleit zu gewähren, damit sie untereinander die Lage besprechen könnten. Den Mitgliedern, die Verbrechen begangen hätten, dürfe jedoch kein sicheres Geleit gewährt werden. Die Regierung wolle wohl Friedensverhandlungen ermöglichen, sei aber entschlossen, mit den Terroristen aufzukommen. In gewissen Teilen Irlands werde das Rotkreuz verboten werden und nach einem gewissen Zeitpunkt können alle Personen, die in diesem Gebiete mit Waffen angetroffen werden, mit dem Tode bestraft werden.

Notenwechsel über die Rheinlandsreden.

Berlin, 10. Dezember. (Amtlich.) Die von den Vertretern Belgiens, Großbritanniens und Frankreichs am 6. d. M. der deutschen Regierung übergebene Note wegen der Ministerreisen in das Rheinland hat folgenden Wortlaut:

Die Interalliierte Oberkommission für die besetzten Rheinlande hat die von der belgischen Regierung auf die Erregung hingewiesen, die unter der Bevölkerung dieses Gebietes durch die kürzlich von den Reichsministern gehaltenen Reden entstanden ist.

Die Regierungen von Belgien, Großbritannien und Frankreich betrachten es als höchst bedauerlich, daß Mitglieder der deutschen Regierung sich bewegen gefühlt haben, im besetzten Gebiet öffentliche Erklärungen abzugeben, die geeignet sind, dort Unruhe zu erregen und die Ausführung des Vertrages von Versailles wieder zur Erörterung zu stellen.

Inbesondere verurteilen sie sich gegen die Äußerungen, welche die durch den Völkerbundrat kraft des Friedensvertrages in bezug auf Eupen und Malmedy getroffenen Entscheidungen angehen.

Die Regierungen von Belgien, Großbritannien und Frankreich haben ihre Vertreter in Berlin angewiesen, die ernste Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die schweren Folgen hinzuweisen, die derartige Äußerungen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nach sich ziehen können, für welche die alliierten Behörden in dem besetzten Gebiete verantwortlich sind. Sie haben ihre Vertreter beauftragt, die deutsche Regierung wissen zu lassen, daß Reisen der Reichs- und Staatsminister in das besetzte Gebiet künftig nur auslassen werden könnten, soweit diese hohen Staatsbeamten sich im Verlaufe solcher Reisen jedes Angriffes gegen die Regierungen oder Behörden der Alliierten und gegen den Friedensvertrag enthalten werden.

Ich habe die Ehre, mich dieser Mitteilung Eurer Excellenz gegenüber zu entschuldigen.

In Beantwortung dieser Note ist den Vertretern der beteiligten Mächte heute folgendes mitgeteilt worden:

Die deutsche Regierung vermag nach den Berichten, die sie aus dem besetzten Gebiet erhalten hat, nicht zuzugeben, daß die Rede des Reichsfinanzministers und des Außenministers die Bevölkerung des Rheinlandes beunruhigt habe. Eine solche Wirkung würde auch durchaus den Eindrücken widersprechen, die die Minister auf ihrer Reise persönlich erhalten haben. Nach der Uebersetzung der Reichsregierung hat die Rede vielmehr wesentlich zur Verhü-

lung der Gemüter beigetragen. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes war durch die Beschwerden, die mit der Anwesenheit der Besatzungstruppen und Besatzungsbehörden verbunden sind, in eine Wut erregt, vielfach fast verzweifelte Stimmung geraten, die sich infolge der Rede merkbar gehoben hat.

Wenn die Minister aber diese Besserung erzielen und der Bevölkerung zeigen wollten, daß ihre schwere Lage von der Reichsregierung voll begriffen werde, so könnten sie nicht auf eine Würdigung des Vertrages von Versailles verzichten, auf dessen Bestimmungen jene Lage zurückzuführen ist.

Die deutsche Regierung muß es ihrem pflichtmäßigen Ermessen vorbehalten, ob und wann sie es aus Gründen der inneren Politik als erforderlich erachtet, daß Reichsminister sich von dem besetzten Gebiet persönlich abzurufen und Führung mit der rheinischen Bevölkerung nehmen. Sie kann über den Inhalt der dort abzugebenden Erklärungen der belgischen (englischen, französischen) Regierung gegenüber im voraus keine verbindliche Zusicherungen abgeben, noch sich vielmehr ihre Handlungsfreiheit innerhalb der Grenzen ihres Programms, das die Durchführung des Vertrages von Versailles bis zur Grenze des Möglichen vorsieht, ausdrücklich vorbehalten.

Zu diesem Notenwechsel ist schon im voraus das Notwendige gesagt worden. Einzuzufügen ist nur, daß die Entente eine solche Erwartung übertrifft. Man weiß jetzt genau, wie die „Freiheit“ ausfiel, die die Entente nach ihrem Siege herstellen wollte, nämlich genau so, wie die „Freiheit“ ausfiel, die der deutsche Militarismus in der Zeit seiner Siege hergestellt hat. Damals war aber noch Krieg, und jetzt ist Frieden. Dieser Frieden hat alle Deutschen, die sich dauernd oder vorübergehend im besetzten Gebiet aufhalten, unter eine unerträgliche Militärdiktatur gestellt, die auch gegenüber den obersten Vertretern der Deutschen Republik ihr auf bloßer Gewalt beruhendes Recht eiferfüchtig wahrnimmt. Wo im englischen, französischen und belgischen Volk ein Gefühl für Demokratie vorhanden ist, wird man die Antwort der deutschen Regierung verstehen und billigen. Daß man es in Deutschland tut, ist selbstverständlich.

Ernährungsdebatte im Reichstag.

Der Reichstag erledigte in seiner Sitzung vom 10. Dezember zunächst einige kleine Anträge.

Die Orgesch-Affäre von Cöpenick.

Abg. Dr. Pieper (D. Sp.) führt Beschwerde, weil am 22. November in Cöpenick 25 Mitglieder des dortigen Sportvereins verhaftet wurden, die im Verbaute standen. Mitglieder der Orgesch sei.

Ein Regierungsvertreter erwidert: Nach dem Bericht des Berliner Polizeipräsidenten hat eine Verhaftung nicht stattgefunden. Die Ermittlungen haben ergeben, daß ehemalige Zeitfreiwillige des Regiments 8 sich in Sportvereinen zusammenschlossen haben, ohne daß irgendwelcher Sport getrieben wurde. Gleichzeitig sind dem Polizeipräsidenten Abschriften von Regimentsbefehlen bekanntgeworden, die auf eine militärische Organisation dieser Vereine schließen lassen. Eine Durchsuchung bei den Leitern der angeblichen Sportvereine und in deren Geschäftsräumen wurde veranlaßt. Diese Personen — nicht 25, sondern 15 — sind nicht verhaftet, sondern nur zur Vernehmung nach dem Polizeipräsidenten gebracht und danach wieder entlassen worden. Das weitere Verfahren schwebt.

Siebenny-Ladenschluß.

Abg. Biener (D. Sp.) beschwert sich, daß alle Ladengeschäfte in der Zeit von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens geschlossen sein müssen.

Es wird erwidert, daß die Demobilisationskommission Befugnis hat, notwendige Erleichterungen bezüglich Öffnung der Geschäfte zu gewähren. Auch der Straßenhandel ist umsatzsteuerpflichtig.

Der Fall Birndörfer.

Abg. Rabbrück (Soz.) bittet um Auskunft, wie die Pflicht des Direktors des Edenhotels, Birndörfer, möglich war.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß das Gericht ohne Wissen der Staatsanwaltschaft den Befehl aufgehoben habe. Danach hielt es der Staatsanwalt im Interesse der Wahrung der Autorität des Gerichts nicht für richtig, die von diesem ausgesprochenen Haftbefehle zu durchzuführen. Er traf aber alle Maßnahmen, um eine Flucht zu verhindern. Auf eine Vorladung erschien Birndörfer und hat, als es ihm gestattet sei, seine Schwefel in München zu besuchen. Der Staatsanwalt entgegnete, daß er ihm das weder gestatten noch verbieten könne. Er würde aber in einem solchen Schritte einen Fluchtversuch sehen. Birndörfer erklärte darauf, daß er unter diesen Umständen davon absehe, nach München zu fahren. Trotzdem führe er noch am selben Tage nach München und ging dann nach der Schweiz. Der Staatsanwalt machte die Schweizer Behörden auf die hohen Verurteilungen Birndörfers aufmerksam. Darauf wurde er in St. Gallen festgenommen. Der Staatsanwalt hat die Auslieferung Birndörfers durch das kantonale Amt beantragt.

Die auf der Tagesordnung stehende linksunabhängige Interpellation über das Streikrecht der Beamten wird nach Auskunft der Regierung in der vorgeschriebenen Frist beantwortet werden.

Ernährungsministerium.

Die allgemeine Aussprache wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Böhm (Dem.): Es lag für den preussischen Ministerpräsidenten kein Anlaß vor, in dieser Weise gegen den Ernährungsminister vorzugehen. Auf Seiten des Ernährungsministers liegt keinerlei Schuld. Zu seinem Programm und zu seiner Person haben wir volles Vertrauen. Wir erwarten strenges Einschreiten, besonders auch angesichts der neuen Vorwürfe des „Vorwärts“, denn Korruption darf nirgends geduldet werden.

Abg. Reich (Komm.) schildert die herrschende Not, besonders das Hungerleid und die Unterernährung und weist dem gegenüber auf die überfüllten Fleischläden hin, deren Riesenpreise aber die breite Masse des Volkes nicht bezahlen kann. Der Redner kommt dann auf die Fälle Dr. Hüß und Heuser, die in der E. R. geschädigt worden sind, zu sprechen und fragt, was der Ernährungsminister dazu veranlaßt hat. Nur das volle Mißtrauen und Kontrollrecht der Arbeiterschaft und Kleindauern könne die Ernährung des deutschen Volkes sicherstellen. (Ironischer Beifall rechts)

Reichsernährungsminister Dermes (Kursl. Volksp. Partei) unterernährungsminister) weist die Angriffe zurück und verteidigt die bekannte Sachlage.

Landwirtschaftsminister Braun

wendet sich gegen verschiedene Behauptungen des Abg. Dr. Böhm und weist besonders die Angriffe gegen die Beamten für das Siedlungsgebiet entschieden zurück. Kaum ein Teil des

Reiches hat auf dem Gebiete der Siedlungspolitik so viel geleistet wie Preußen. Aber wenn die Erfolge im allgemeinen noch nicht größer sind, so liegt das an den tatsächlichen Schwierigkeiten besonders in der Materialbeschaffung. So kostet heute eine kleine Siedlung gegen 10 000 M. Friedenspreis 119 000 M. Trotz dieser Schwierigkeiten wurden bis jetzt 4800 Siedlungen geschaffen. (Beifall) In Vorkriegszeiten wurden in 19 000 Fällen 84 000 Hektar an Grundbesitz teilweise abgegeben. Gerade die Demokraten haben früher gegen die Ausführung zum Siedlungsgebiet gestimmt, sie haben darum kein Recht, heute darüber zu führen, daß die Folgen des Gesetzes erst langsam sich bemerkbar machen.

Abg. Gerauer (D. Sp.) erklärt den Abbau der Zwangsverpflichtung für notwendig. Er wendet sich gegen die Behauptung, daß die Mitglieder der Orgesch an Verleumdung streik denken und weist darauf hin, daß die bayerische Einwohnerwehr in der Orgesch nichts zu tun hat. (Beifall und Widerspruch.)

Abg. Niedmüller (Soz.):

Dem Antrag auf Erteilung eines Mißtrauensvotums gegen den Reichsernährungsminister werden wir nicht zustimmen, da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist und wir nicht in ein schwabendes Verfahren eingreifen. Wenn die Kommunisten erklären, daß wir Gelegenheit hätten, unsere Oppositionsstellung zu beweisen, so erkläre ich, daß wir uns von ihnen keine Vorschriften machen lassen und vor allem auch zu viel Verantwortlichkeitgefühl haben, um ein Urteil zu fällen, bevor die Angelegenheit rechts geklärt ist (Beifall bei den Sozialdemokraten). Der Redner begründet dann noch einmal die Notwendigkeit der Sozialisierung der Dünge- und Düngemittelindustrie (Beifall). Die innere Unlogik der gesamten Argumente gegen die Zwangswirtschaft von rechts bis zu den Demokraten ist durchaus ersichtlich, daß man bei all den nachgelagerten Mängeln die Zwangswirtschaft gerade für die wichtigsten Lebensmittel beibehalten will. (Sehr richtig links.) Eine Zweifel sind in der Zwangswirtschaft Fehler gemacht worden, besonders dadurch, daß die Preispolitik nicht elastisch genug der Teuerung folgte. Auch ist man auf die Fläche der Landwirtschaft zu wenig eingegangen. Vor allen Dingen mußte sie aber viel strenger behandelt werden (Sehr richtig). So aber wurde die Zwangswirtschaft in der Mehrzahl der Fälle auf's Schärfste sabotiert und dann wurde gesagt, sie hätte verjagt. (Sehr richtig.) Bestimmten faßt die Behauptung, daß die heutige Ernährung gerade in Fleisch und Kartoffeln besser sei als in der Zwangswirtschaft. (Sehr richtig.) Für die große Mehrzahl der Bevölkerung trifft dies nicht zu. Schärfstes Vorgehen gegen Zucker und Schieberum ist unbedingt notwendig, darum begrüßen wir den neuen Beschlusse. (Sehr gut.) In der Frage der Aus- und Einfuhr sind wir sehr lebhaft der Meinung, daß unbedingte notwendige Lebensmittel einachsel werden müssen, daß aber die Einfuhr nicht lebensnotwendiger Artikel nicht geduldet werden darf und vor allem keine Ausfuhr von Lebensmitteln stattfinden darf. (Sehr richtig links.) Der Redner bespricht dann noch einmal den Fall Kamm - Augustin und wendet sich gegen die Ausführungen des Reichsernährungsministers sowie gegen das Eingreifen des Reichsfinanzministers. (Beifall bei den Soz.)

Reichsernährungsminister Dr. Dermes

kommt nochmals auf den Fall Kamm - Augustin zurück und wendet sich gegen die Darstellung des Redners mit dem Hinweis, daß es nunmehr einwandfrei feststeht, daß von einer Rällung des Vieles keine Rede sein könne, so daß nur ein Datumsvermerk in Frage kommen könne. (Hört, hört!) Dann erklärt der Minister, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft auch dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung entsprochen habe. Die Dinge müssen sich in sich auflösen (Sehr richtig) und Widerspruch.) Das Reichskabinett hat sich mit meiner Vorrede beschäftigt, die eine Verbilligung von Lebensmitteln bezweckt und in Verbindung mit dem Reichstag gegeben wird. Die Verbilligung, namentlich die Ablieferung ist heute bereits viel besser geworden; so ist der Kartoffelbestand 75 Millionen gegenüber 29 im Vorjahre und gegenüber 46 vorher während der Zwangswirtschaft. Ein völliges Verbot zur Verbilligung von Branntwein ist ganz unmöglich. Ein Gesetz gegen Verfälle gegen die Reichsgeldverordnungen steht bevor. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Abg. Dies (Centr.) legt vor nahezu leerem Hause nochmals die Notwendigkeit der Deutung der Produktion dar. Da das Haus immer leerer wird, bittet der Abgeordnete Dr. Dies den Redner, sich möglicher Kürze zu bescheiden, um den Etat des Ernährungsministeriums noch erledigen zu können, zu dem noch 8 Redner vorgemerkt sind. (Unruhe.)

Abg. Ramm (Bayr. V. P.) spricht für freie Wirtschaft. Das Haus verlag sich auf Dienstag, den 14. Dezember, nachmittags 1 Uhr, ohne die Beratung zu Ende geführt zu haben: Kleine Anfragen; Interpellation Dr. Braun; die Ueberforderung des Gönnerwerks; Interpellation Berg (D. Sp.) über Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus Rußland; Fortsetzung der Beratung des Ernährungsministers.

Gewerkschaftsbewegung

Aus Schumachers Erzählungen.

Befinnungswechsel bei der „Abschiedsaudienz“.

Vom 7. bis 9. Dezember tagte im Berliner Gewerkschaftshaus der Beirat des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, um u. a. Stellung zu nehmen zu der drohenden Spaltung der Gewerkschaften durch die kommunistische Zellenbildung. Anlaß zu dieser Stellungnahme gab insbesondere die gesehene Tätigkeit einer Anzahl sich Kommunisten nennender Verbandmitglieder in der eigenen Organisation. An dieser gesehene Tätigkeit hat selbst ein Beiratsmitglied, und zwar der Bevollmächtigte der Filiale Berlin, Schumacher, so erheblichen Anteil, daß sich der gesamte Beirat voller Entrüstung auch gegen ihn wenden mußte. Die Abrechnung war eine so gründliche, daß Schumacher bei seiner Verteidigungsrede, im Gegensatz zu seinen sonstigen Gepflogenheiten, jämmerlich versagte. Was sollte er aber auch zu seiner Verteidigung anführen? Seine Berichte aus Rußland haben mit seiner jetzigen Stellungnahme in so auffällig krassem Widerspruch, daß jeder Versuch einer Verteidigung möglich scheitern muß. Aber interessant war das Geständnis Schumachers, daß die Wandlung seiner Befinnung sich nicht erst auf der Rückreise aus Rußland, sondern „bereits“ bei der „Abschiedsaudienz“ vollzogen habe.

Mit 34 gegen 3 Stimmen wurde nachstehende Entschließung angenommen:

Der Beirat des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes ist mit der Tätigkeit und Haltung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam und den Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in London völlig einverstanden.

Zur Durchführung dieser Beschlüsse und Erfüllung der gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben der Gewerkschaften ist ihre Selbstständigkeit und Geschlossenheit unbedingte Voraussetzung.

Durch die beabsichtigte Schaffung einer dritten Gewerkschaftsinternationale nach dem Moskauer Diktat wird die Geschlossenheit der bestehenden Amsterdamer Internationale gefährdet, den Gewerkschaften ihre Selbstständigkeit genommen und die Erfüllung ihrer Aufgaben unmöglich gemacht.

Der Beirat lehnt daher in völliger Uebereinstimmung mit den Beiratsräten und Funktionären der Filiale Berlin die in dem provisorischen Statut der Internationalen Rates der Gewerkschaften festgelegten Richtlinien und die Beschlüsse der im Mai 1921 stattfindenden Konferenz der Dritten Internationale mit aller Entschiedenheit ab.

Zur Erhaltung der Einheit und Schlagfertigkeit unseres Verbandes sind in den Versammlungen die parteipolitischen Auseinandersetzungen unbedingte zu vermeiden. Insbesondere werden die organisationszerstörenden Bestrebungen durch kommunistische Zellenbildung nach den bekannten Moskauer Bedingungen auf das allerentschiedenste verurteilt und unsere Mitglieder aufgefordert, diesem Treiben mit allem Nachdruck entgegenzuwirken. Wer diese Bestrebungen der Moskauer Internationale innerhalb unseres Verbandes unterstützt oder fördert, stellt sich im offenen Gegensatz zu den Beschlüssen unseres Verbandstages, den Bestimmungen des Statuts und den Interessen unserer Mitglieder und somit außerhalb unserer Organisation.

Um die drohende Zerteilung und völlige Lahmlegung des Verbandes zu vermeiden, wird die Zentralkommission beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und dadurch die ungehemmte Aktionsfähigkeit zu sichern.

Auch die Tätigkeit Schumachers, die er vor den Berliner Industriellen ausgeübt hat, wurde einstimmig gebrandmarkt und mit 35 gegen 2 Stimmen nachstehende Resolution angenommen:

Der Beirat mißbilligt auf das entschiedenste das Verhalten des Kollegen Schumacher, der in einer Versammlung Berliner Kaufleute und Industrieller — den wirt-

schaftlich schärfsten Gegnern der modernen Arbeiterbewegung — einen Vortrag gehalten hat.

Diese Handlung ist mit der Würde eines Vertreters der gewerkschaftlichen Klassenkampforganisation und des ihm übertragenen Vertrauens durch die Organisation unvereinbar.

Wird Schumacher aus diesem Beschluß die Konsequenzen ziehen? Oder bringt dieser Edelkommunist den traurigen Mut auf, weiter — geführt auf einige Schreibstühle — den Führer ins Moskauer Paradies zu spielen, zum Gaudium der verhassten „Bourgeoisie“ und zum Schaden der deutschen Arbeiterbewegung? Diese gebraucht heute nötiger denn je ernste und zielbewußte Führer und keine „Spahmacher“ — wie die „Freiheit“ unlängst ihren ehemaligen Parteigenossen bezeichnete.

Gegen das Streikverbot des Postministers.

Vom Zentralverband der Angestellten wird und geschrieben: Durch den Erlass des Reichspostministers gegen die Beamten werden auch die Posthilfskräfte mit fruchtloser Entlohnung bedroht, falls sie sich der Verweigerung der Beamten anschließen. Gegen diese Bedrohung der Angestellten, die sich im freien Arbeitsverhältnis befinden, erheben wir namens der bei uns Organisierten entschiedenen Einspruch. Namentlich in der Praxis der Schlichtungsausschüsse legt sich immer mehr die Rechtsauffassung durch, daß kollektive Arbeitsverweigerung nicht als Vertragsbruch im bürgerlich-rechtlichen Sinne anzusehen ist. Damit entfällt aber auch in solchen Verhältnissen der wichtige Grund für eine fruchtlose Entlohnung. Wir die im freien Arbeitsverhältnis stehenden Angestellten des Reichs laun und darf eine andere Rechtsauffassung nicht bestehen, mithin behauptet das Vorgehen des Reichspostministers gegen die Hilfskräfte eine mit dem Recht in Widerspruch stehende Maßnahme.

Uebrigens ist dieser Ausfall des Reichspostministers sachlich keineswegs gerechtfertigt. Von einem Anschlag der Postangestellten an die Beamtenbewegung ist keine Rede, auch einzelne Vorfälle solcher Art sind und bleiben von keinem Ort mitgeteilt worden. Die Reichskontrollkommission der Postangestellten, die unser Verband für den S. B. M. in Magdeburg einberufen hatte, ist diesem nach eingehender Beratung unter Befundung ihrer Schlußfolgerungen für die Beamtenbewegung einstimmig zu dem Beschluß gekommen, sich ihrer Verantwortung gegenüber völlig neutral zu verhalten. Die Angestellten werden daher alles unterlassen, was die Beamtenbewegung irgendwie unangenehm beeinflussen würde; sie werden aber auch von einer positiven Unterstützung absehen. Anschließt dieses einstimmigen Beschlusses der Postangestellten charakterisiert sich das Vorgehen des Reichspostministers als eine sehr übereilte Maßnahme, die nicht im geringsten geeignet ist, die Erregung in den beteiligten Kreisen zu beschwichtigen.

Zentralverband der Angestellten.
Siebel, Hausherr.

Verwaltungsarbeiter des Reichs und Preußens.

Seit Anfang Oktober sind die Lohnempfänger der Verwaltungsbereichen des Reichs ohne Erfolg bemüht, einen Reichslohntarif zum Abschluß zu bringen. Die Reichsvertreter, insbesondere das Reichsberufsratsministerium, machen ständig neue Versuche, durch Einführung einer Lohngruppe die Verwaltungsarbeiter als Preislos gegenüber den berechtigten Forderungen und Tarifbeständen der Eisenbahner zu benutzen. So besteht die Gefahr, trotz der stetig steigenden Kosten für den Lebensunterhalt, vor dem Weihnachtseste keinen Pfennig an Nachzahlung ab 1. Juni 1920 zu erhalten.

Wakate bürgerlicher Wohlwäter rufen uns von allen Hauswänden entgegen: Kinder in Not! Wir wollen keine Klagen für unsere unterernährten Kinder und Frauen, sondern eine den herrschenden Teuerungszuständen entsprechende Bezahlung, die uns gestattet, den Hunger zu stillen, die Kleinen zu decken und unsere armen Eltern Studien zu wärmen.

Auf den Einwand, die finanzielle Notlage des Reichs gestatte nicht, die Verwaltungsarbeiter des Reichs angemessen zu entschuldigen, muß erklärt werden: Das Reich möge nicht

nur zu einer Versicherungsgesellschaft der reichen Leute beizutreten werden, sondern die Regierung zeige in der Tat den Willen, durch eine gerechte Steuerpolitik alle Mittel der Geldbeschaffung zu erschöpfen.

Von Seiten des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes und der verhandelnden Kommission von Kollegen ist alles getan, um im Rahmen der Verhandlungen das Bestmögliche zu erreichen.

Kolleginnen und Kollegen! An Euch wird es liegen, zur gegebenen Zeit, wenn der Ruf an Euch ergeht, aktiv in den Kampf einzugreifen!

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Sektion I.

Vertreterversammlung der Bühnengehörigen.

Die Tagung der Bühnengehörigen ist Donnerstag in später Nachtstunde zum Abschluß gebracht worden. Zur Erledigung gelangte nach die Propagandatätigkeit des Zuzendanten Dr. Hagemann. Präsident Nidelt teilte hierzu mit, daß der Wiesbadener Intendant Dr. Hagemann in einem Vortrag für Zusammenlegung bzw. Schließung kleinerer und mittlerer Theater eingetreten sei und den dadurch stellenlos werdenden Schauspielern die Wahl eines anderen Berufes empfohlen habe. Diese Mitteilung ruft scharfe Entrüstung hervor. Als Referent zu diesem Punkte erhärt Alefer (Berlin), Hagemann versuche, die ganze Schuld der Presse zuzuschreiben. Wir werden Herrn Hagemann klar machen, daß es die vornehmste Pflicht eines Theaterleiters ist, jede Gefahr vom Schauspielern und damit von der Kunst entfernt zu halten. Goebel (Pomm.) erklärt, daß auch in Pomm., offenbar auf Hagemanns Ausführungen hin bei jeder Lohnbewegung den Schauspielern entgegengehalten werde: dann schließen wir einfach das Theater. Selbach (Freiburg) wendet sich sehr scharf gegen eine Veröffentlichung des Literaturhistorikers Professor Dr. Willepp, der die Expropriation des Schauspiels aus Sparmaßregeln gründen verlangt habe. (Entrüstungsbrufe.)

Der nächste Punkt der Tagesordnung lautet: Die gewerkschaftliche Pflicht der Genossenschaftsmitglieder. Die Referentin Frau Nim verzichtet aber auf ihre Referat, da in den bisherigen Verhandlungen schon so vieles und so gutes über die gewerkschaftliche Pflicht der Genossenschaftsmitglieder gesagt worden sei, daß sie nichts Besseres zu sagen hätte.

Präsident Nidelt empfiehlt, eine nicht allzu lange Pause zwischen der jetzigen und der nächsten Vertretertagung einzutreten zu lassen. Man entschließt sich, die nächste Vertretertagung spätestens im April 1921 in Berlin stattfinden zu lassen.

Schließlich wird nach eine Resolution betreffend die Engagementslosigkeit der Schauspieler, eine zweite über die Beschäftigung von Ausländern an deutschen Bühnen und endlich eine Protestresolution gegen die Besetzung des Deutschen Landestheaters in Prag durch die Tschechen angenommen.

Darauf trat die Versammlung in die Beratung über verschiedene interne Angelegenheiten ein, die bis gegen Mitternacht dauerte. Erst damit wurde der außerordentliche Vertretertag abgeschlossen.

Wachtung, Buchdrucker! (Zeitg. 7. Seiten.) Die für heute anberaumte Besprechung der Generalversammlungsdelegierten, die auf dem Boden des Reichsberufsratsministers, findet nicht statt; es wird auf die allgemeine Versammlung in Berlin verwiesen.

Verband der Radfahrer. Heute 7 Uhr bei Reihara, „Verkehrshaus Südost“, Versammlung aller in den Saurekrahnhäusern und Gartenanlagen beschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Bericht von unserer Lohnbewegung.

Veranst. für den rebalt. Teil Dr. Werner Vetter, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Gade, Berlin, Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Verlagsdruckerei: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Lindenstr. 3, 10171 Berlin.

Laxin-Konfekt
regelt den Stuhlgang
bei Erwachsenen und Kindern.
Arztlich empfohlen!

695
Winkelspitze
Federn
HEINTZE & BLANKERTZ
FABRIK — BERLIN

Zu haben bei:
G. Kleeßen, S 42, Oranienstraße 62
Gebr. Scherk, Köpenicker Straße 108
Splitta & Leutz, SW 68, Ritterstraße 64

Für Alle
die es bis jetzt versäumt, sich von unseren außergewöhnlich billigen Angeboten zu prima

Schuhwaren

zu überzeugen, ist jetzt noch die seltene Gelegenheit geboten, sich für wenig Geld mit guten modernen Schuhwaren zu versorgen. Bei dieser raren Zeit ist es von größter Wichtigkeit, beim Einkauf eines Paar Stiefeln Geld zu sparen. Wenn Ihnen also Ihr Geld lieb ist, dann besuchen Sie, bevor Sie zum Einkauf von Schuhwaren schreiten, zuerst unsere Firma. Wir sind infolge sehr günstiger rechtzeitiger Einkäufe, billiger Eigenarbeit, wenig Spesen und geringem Nutzen in der Lage, Ihnen besondere Vorteile zu bieten. Unsere Leistungsfähigkeit ist bekannt, Tausende haben sie bereits erprobt u. sind dauernd Kunden von uns geworden. Kommen Sie daher sofort, damit Sie das Richtige antreffen, auch d. wertste Weg ist sehr lohnend.

Damen-Stiefel aus Ia Fohlen-Chewean oder Rind-Box, neue moderne Formen, kräftige Laubsohlen, Leder-Brandsohlen 128.50	Herren-Stiefel kräftige Winter-Stiefel mit best. Ledersohlen, neue br. Formen, Derbysohle mit od. ohne Lackkappen, gesteppter Rand 138.50
Dam.-Hochsch.-Stiefel eleg. Hochsch.-Stiefel, kurz, Vorderblatt mit Lackkappe, sehr schicke moderne Formen, auch mit Lackvorderblatt 148.50	Lackschuhe sehr schicke moderne Form, mit schwarzen od. farbigen Einsätzen sowie ganz Lack, entzückend schöne Modelle 108.50

Damen-Halbschuhe moderne Formen, Derbyschnitt, kurzes Vorderblatt, beste Ledersorten, 98.50
Für ältere Frauen sehr bequeme Damen-Stiefel, ohne Kappen, breite, hygienische Naturformen, mit niedrigen oder halbhohen Absätzen, beste Verarbeitung 168.50
Kinder-Stiefel und warme Hausschuhe. Riesenauswahl, enorm billig.

Schuhvertriebshaus Alexanderplatz
Neue Königstr. 47, hochparterre, kein Laden
Drittes Haus vom Alexanderplatz.

Stoffe
zur Damen- und Herrenbekleidung
Futterstoffe O Knöpfe
Konfektion
für Damen und Mädchen
Wagenfertigung
Herabgesetzte Preise!
C. Pelz
3 Kottbuser Straße 3

Brillanten Perlen, Smaragde
kauft zum höchsten Kurs (auch ganze Nachlässe)
W. Weisager,
Celpziger Straße 112, Eingang Hauptstraße

Trauringe
Dukatengold, 14 kar. Gold, 8 kar. Gold gestempelt. — Gleich zum Mithrasen
A. Schiffmann, Alexanderstr. 13, Teleph. Alex. 4283

Phorosan - Heilinstitut
für Haut- und Geschlechtskrankheiten
Großbeerenstr. 47.
Sprachstunden 11-5, außer Dienstag, Sonntags 10-12.
Genarbbde-Behandlung nach dem neuen schmerzlosen Phorosan-Verfahren. Syphilliskur. Streng wissenschaftlich. Spez. kräft. Leitung. Separat Zimmer. Kurdauer steht Broschüre. „Die Gonorrhoe und ihre Zwillt-tagekur“ M. 3.-, Prospekt V gegen Porto.
Tel. Kurt 9379

Dr. med. Hollaender,
Spezialarzt für Haut-, Frauen- und Blasenleiden
Behandlung ohne Quecksilber, ohne Berührung, Blutuntersuchung.
Aufkl. Broschüre Nr. 10, diskret verschlossen Mk. 2.50
Berlin W 8, Leipziger Straße 108 II.
Täglich 11-1, 5-7, Sonntags 11-1. 1874*

Kreuz-, Alaska-, Silber-Füchse
sehr preisw. Damenpelzkragen v. 46
Seal Elektrik, Silberherren- u. Dam.-Shawl-kragen aus Australisch. Opussum v. 350.- an
Pelzwarenhaus
A. Klass & Co.,
Hackescher Markt
Rosenthaler Str. 40/41.

Bettnäser
Klein
verschäume prakt. Arzt Dr. Zottmanns „Kraton“, das Neueste, sofort wirkend, anzuwenden, Pat. gesch. Auskaut kostenlos. Alter und Geschlecht annehmen. — Versandhaus Medika 26, München 36, Schellingstraße 3.

befriedigen in Qualität und Preis.
Bezugsquellen durch:
Klein's Tabake
Kleins Tabakfabriken
o. H.-G.
Walldorf i. B. 212

!!! Geld !!!
für jede Verzinsung. Höchste Einlaufgeschwindigkeit für Bankgelder, Prämien, Solvenzgebühren, Sperrgelder, Wähler etc. Wolff Friedrichstr. 41 III, 6. u. 7. Stock

MASSARY
Zum Weihnachtsfeste!
ROAL
KON LINON